

## KURZ UND PRÄGNANT

### Rekommunalisierung

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Linksfraktion, begrüßt, dass offensichtlich Bewegung in die Rekommunalisierung der Stromnetze kommt. Angesichts des Vorhabens von Eon, das Regionalgeschäft neu aufzustellen und Beteiligungsverhältnisse neu zu ordnen, fordert er, „die Voraussetzungen für eine wirkliche effiziente Energiepolitik zu schaffen, damit die Stromnetze in öffentliche Hand kommen“.

Am Thüringer Netz besitzt Eon 53 Prozent, die verbleibenden 47 Prozent gehören den Kommunen. Die Gemeinden und Städte verwalten ihren Anteil fast ausschließlich über die Kommunale Energiebeteiligungsgesellschaft Thüringen AG (KEBT). „Eine Bietergemeinschaft aus mehreren kommunalen Akteuren, wie der KEBT, der THÜGA und den Stadtwerken, wäre stark genug, die Eon-Anteile zu übernehmen. Die Landesregierung muss sich dabei aktiv einbringen und gegebenenfalls mit Bürgschaften das Projekt unterstützen. So könnte ein modernes Hochleistungsstromnetz in Thüringen zum zentralen Herzstück der Energiewende werden. Diese einmalige Chance darf nicht vertan werden!“, so Ramelow. Er kündigt an, dass DIE LINKE im Wirtschaftsausschuss parlamentarisch aktiv wird.

### Modernes IHK-Gesetz

Die Debatte um ein modernes IHK-Gesetz und ein modernes Thüringer Ausführungsgesetz zum Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (ThürAGIHK) ist mehr als gegeben. Das entsprechende „Bundesgesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern“ stammt aus dem Jahr 1956 und das Thüringer Ausführungsgesetz aus dem Jahr 1993, stellt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dieter Hausold, fest. Nun wird die Linksfraktion einen Antrag zu diesem Thema vorbereiten: Die Landesregierung soll aufgefordert werden, das Thüringer Ausführungsgesetz zum IHK-Gesetz aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Ausgehend von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen sei eine Diskussion mit den Industrie- und Handelskammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften wichtig. Dies betreffe auch die Handwerkskammern. „Es geht um ihre zukünftige Verantwortung im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung“, unterstreicht Hausold. Dabei spielen die eigenen Vorstellungen der Kammern eine wichtige Rolle, andererseits aber auch politisch-gesellschaftliche Vorstellungen zu ihrer Entwicklung.

# Beschäftigung an Unis – prekär und befristet

Linksfraktion bringt gemeinsam mit GEW parlamentarische Initiative auf den Weg

**Die Situation von Beschäftigten an Thüringer Hochschulen ist alles andere als zufrieden stellend: In Thüringen sind knapp 90 Prozent aller wissenschaftlichen Hochschulmitarbeiterinnen und -mitarbeiter befristet beschäftigt. Das zeigt eine Kleine Anfrage der Linksfraktion aus dem Jahr 2010. Nach Angaben der Bildungsgewerkschaft (GEW) haben die Angestellten im Durchschnitt sogar nur Teilzeitstellen.**

Den Beschäftigten werden weder verlässliche Berufsperspektiven noch faire Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen geboten. Die Zahl der befristeten Arbeitsverträge steigt weiter an, auch Lehraufträge auf Honorarbasis nehmen zu, so dass mittlerweile von prekären Arbeitsverhältnissen im Wissenschaftsbereich gesprochen werden

Land und Bund gewährten Haushaltsmittel schon lange nicht mehr aus. Die zusätzlichen so genannten Drittmittel, also Gelder von öffentlichen und privaten Stellen, dienen nicht nur einer Erweiterung der Forschungsbasis. Sie sind mittlerweile notwendig für den Betrieb der Universitäten und Hochschulen. Die Beschreibung der finanziellen und personellen Situation zeigt eindrücklich, dass die Grundlage für gute Lehre und Forschung an den Thüringer Universitäten und Hochschulen droht, entzogen zu werden.

**Beschäftigungspolitik entscheidend für Leistungsfähigkeit**

Für die Entwicklung der Thüringer Wissenschafts- und Hochschullandschaft, für gute Studienbedingungen,

Beschäftigten, Promovenden bis hin zum Verwaltungsmitarbeiter – wird nach den realen Beschäftigungsbedingungen abgefragt. Es geht um verbeamtet oder nicht, befristet oder nicht, wie wird die Stelle finanziert, gibt es unterschiedliche Bedingungen für Männer und Frauen und vieles mehr. Wir wollen die Daten schwarz auf weiß, um mit ihnen agieren zu können und weiter für die Einsicht in die Notwendigkeit zu streiten, dass Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen ein wichtiges Thema für die Entwicklung von Wissenschaft sind.

Zusätzlich zur parlamentarischen Initiative im Landtag wird die GEW unter allen etwa 6000 wissenschaftlich Beschäftigten in Thüringen eine Onlinebefragung zu Arbeitsbedingungen und ihren Auswirkungen durchführen. Die



Torsten Wolf, Vorsitzender der GEW in Thüringen, und Susanne Hennig, Sprecherin für Studierendenpolitik, während der Pressekonferenz zur Vorstellung der Großen Anfrage Foto: Diana Glöckner

muss. Obwohl viele studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch keinen Abschluss haben und häufig unterbezahlt sind, werden vielen von ihnen Lehraufgaben auferlegt. Nach neuesten Studien ist der Anteil weiblicher Beschäftigter nach wie vor gering bzw. sind Frauen noch häufiger von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen.

Offenkundig haben sich die Beschäftigungsbedingungen in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Die Anforderungen für Mitarbeiter steigen ständig – Entlastungen fehlen. Nichtsdestotrotz wird von den Beschäftigten eine enorme Leistungsbereitschaft gefordert. Schließlich ist es das Ziel der Hochschulen, die Qualität von Lehre und Forschung zu erhöhen.

Um die Aufgaben der Hochschulen erfüllen zu können, reichen die vom

für die Qualität von Forschung und Lehre, aber auch für die Gesundheit der Beschäftigten ist aber die Beschäftigungspolitik ein entscheidender Faktor. Allerdings hat das Landesparlament kaum noch Möglichkeiten, überhaupt zu erfassen, wie Arbeitsverhältnisse ausgestaltet werden. Dies ist aber gerade vor dem Hintergrund der enormen Anforderungen an die wissenschaftlichen Mitarbeiter unbedingt wichtig.

**Große Anfrage eingereicht**

Gemeinsam mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft hat die Linksfraktion eine Große Anfrage zu den Beschäftigungsverhältnissen erarbeitet. Der gesamte Komplex der Mitarbeiterschaft – vom studentischen

Umfrage der Gewerkschaft startet Ende Juli und läuft bis in den Oktober.

**Forderungskatalog für Verbesserung der Arbeitssituation**

Die Ergebnisse sowohl der Parlamentsanfrage als auch der Onlinebefragung werden Grundlage einer Gesprächsinitiative mit den Hochschulen und Gewerkschaften. Im Anschluss daran wird DIE LINKE einen Forderungskatalog erarbeiten, der sowohl an die Hochschulleitungen als auch an die Landesregierung gerichtet ist. Schließlich muss Qualität von Forschung und Lehre auch in Zukunft gesichert sein. Das ist nur dann möglich, wenn an den Universitäten auch gute Arbeitsbedingungen herrschen.

Susanne Hennig ■